

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

73 (28.6.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Bezahlungsstelle: Montag, Mittwoch u. Freitag.
Einzelpreis DM 1,20, monatlich DM 36,00, halbjährlich DM 192,00 (inkl. DM 20,00 Trägertaxen), bei Zustellung durch die Post DM 2,00 zuzügl. Zustellgeb.

Anzeigenpreis: Die 25 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe DM 1,50, Flurzeile Ausgabe Württembergischer Abendblatt je DM 1,00, Gesamtanlag. DM 2,00, Anst. Anzeigen 50% Nachl.

2. Jahrgang / Nummer 73

Montag, den 28. Juni 1948

Gesamtpreis (73 und 73a) 20 Pfennig

Sowjetblockade löst energische Proteste aus

Anhaltende Spannung in Berlin — Besprechung zwischen den Militärgouverneuren Clay und Robertson

London, 27. Juni (AP). England wandte sich am Samstag energisch gegen die russische Lebensmittel- und Stromblockade der westlichen Sektoren Berlins und bemühte sich gleichzeitig um einen Plan der Westmächte zu ihrer Beseitigung. Der britische Außenminister Bevin bestätigte in einer Erklärung erneut die Absicht Englands, auch weiterhin in Berlin zu bleiben, und schloß die Möglichkeit aus, daß die Westmächte einem Kompromiß zustimmen, der ihren Abzug aus Berlin fördern würde.

Der britische Befehlshaber in Deutschland, General Sir Brian Robertson, verlangte am Samstag in einem Protestschreiben an Marshall Sokolowski, die sofortige Aufhebung der von den Russen verhängten Transportsperre gegen Berlin. Andernfalls sollten die sowjetischen Behörden die Verantwortung für die Leiden übernehmen, die der deutschen Bevölkerung durch eine Aufrechterhaltung dieser Maßnahme auferlegt würden.

Der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, hatte am Sonntag eine Besprechung in seinem Hauptquartier in Berlin mit General Robertson. Über den Inhalt dieser Unterredung erfolgte nur eine kurze Mitteilung, daß die „allgemeine Lage erörtert worden sei.“ Gleichzeitig traf der politische Berater von General Clay, Robert Murphy, mit dem stellvertretenden französischen Militärgouverneur, General Roger Nolret, zusammen.

Lieferungen nach Berlin

Berlin, 27. Juni (AP). Wie der amerikanische Kommandant in Berlin, Oberst Frank L. Howley bekanntgab, begannen die amerikanischen Behörden am Samstag, pharmazeutische Präparate auf dem Luftwege nach Berlin zu bringen, nachdem die Sowjets angeordnet haben, die Westsektoren der Stadt nicht mehr mit Medikamenten aus der Ostzone zu beliefern. Als Gegenmaßnahme hat Oberst Howley die Versorgung des Sowjetsektors mit Penicillin und Insulin untersagt.

Auch die sowjetische Frachtsperre von und nach dem Westen beginne nünmehr

Israel darf handeln

Tel Aviv, 27. Juni (DENA). Ägyptische Streitkräfte haben, wie der Rundfunk Israels laut AFP am Samstag bekanntgab, in der vergangenen Nacht die jüdische Siedlung Kfararom in der Provinz Negev angegriffen.

Oberst Paul Bonde, der Leiter des UN-Ausschusses zur Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina, teilte der vorläufigen Regierung Israels laut INS mit, daß nach Entscheidung des UN-Vermittlers für Palästina, Graf Folke Bernadotte, die ägyptischen Streitkräfte den Waffenstillstand dadurch verletzt haben, daß sie eine jüdische Lastwagenkolonne die Durchfahrt verweigerten. Die jüdischen Streitkräfte könnten daher nach eigenem Ermessen Maßnahmen gegen die ägyptischen Streitkräfte ergreifen.

Die ägyptische Regierung teilte den Vereinten Nationen mit, daß sie ein vor kurzem erfolgter Angriff auf den UN-Beobachtungsflugzeug durch ägyptische Flugzeuge untersuchen werde. Die ägyptische Erklärung setzt sich mit der Vorgeschichte des Zwischenfalles auseinander und weist darauf hin, daß die Kennzeichnung des UN-Flugzeuges nicht zu erkennen gewesen sei und daß sich der Pilot desselben verdinglicht benommen habe.

Nenni ist amtsüdi

Rom, 27. Juni (AP). Pietro Nenni, der Führer der italienischen pro-kommunistischen Sozialisten, gab in einem Leitartikel mit der Überschrift „Ein schwieriger Kongress“ seinen Rücktritt als politischer Leiter der Parteizeitung „Avanti!“ bekannt. Diese Anklündigung Nennis, der von Parteimitgliedern Politik heftig angegriffen wurde, erfolgte kurz vor der Eröffnungssitzung des 27. Nationalkongresses der Italienischen Sozialisten am Sonntag in Genoa.

Welt-Rundschau

NANKING (sp). Richtiges Überkommungen in zwei tibetischen Provinzen. — SINGAPUR (Dena-Reuters). Unruhe in Malaya halten an. — WASHINGTON (Dena-Reuters). Einwanderungsgesetz von Präsident Truman unterschrieben. — PHILADELPHIA (sp). Hugh Scott von Vorsitzenden des republikanischen Nationalkomitees gewählt. — BAGDAD (Dena-Reuters). Neues irakisches Kabinett durch Ministerpräsident Amin Pachachi gebildet. — BUKAREST (sp). Judentreiber von Jassy in lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. — OSLO (Dena). Rechtsausschuß des norwegischen Parlaments erklärt sich für Abschaffung der Todesstrafe. — LONDON (Dena-Reuters). Nach keine Entscheidung über Streikabbruch der 20.000 streikenden Londoner Hafenarbeiter. — BERN. Schweizer Regierung verleiht dem Schweizer Rundfunk zulogische Export von Waffen und Erteilung von Visa für den Nahen Osten an Ausländer. — MONTREUX (sp). Zweite Vollversammlung des vor zwölf Jahren gegründeten Weltjudentagkongresses eröffnet.

die Russen selbst zu treffen. Die Einstellung der Rubrikohlenlieferungen in die Ostzone habe bereits die Gaserzeugung verringert und dadurch auch zur Einschränkung des Gasverbrauchs in Babelsberg geführt, wo der sowjetische Militärgouverneur, Marshall Sokolowski seinen Wohnsitz hat.

Britische Transportbeamte berichteten am Sonntag, daß vier Lastkähne mit Mehl für die Berliner Bevölkerung eingetroffen und zwanzig weitere bereits auf der Fahrt nach Berlin sind. Außerdem trafen in Berlin, wie DENA meldet, zwei Güterzüge, die mit Kartoffeln für den britischen und amerikanischen Sektor Berlins bestimmt sind, am Samstag aus dem Westzonen Kommando ein. Ob die Züge nach Sperrung des Güterverkehrs oder bereits vorher die Zonengrenze passiert, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Protest der Eisenbahngewerkschaft

Berlin, 27. Juni (DENA). Die Industrie- und Eisenbahngewerkschaft (IG) nahm hier am Sonntag in einer Protestversammlung einstimmig eine Entschließung an, in der die Verwaltung der Berliner Eisenbahndirektion durch alle vier Besatzungsmächte gefordert wird. Die Versammlungsteilnehmer verlangten ferner die Schaffung eines zweigleisigen neutralen Eisenbahnkorridors auf der

Strecke Helmstedt-Berlin ohne Kontrolle des Personal- und Güterverkehrs. Weiter wurde die Abberufung der Vizepräsidenten der Eisenbahndirektion Berlin, an deren Stelle Vertreter der vier Parteien und ein Vertreter der IG-Vereine treten sollten, die Abkündigung sämtlicher Abteilungsleiter der Personalabteilung der Eisenbahndirektion sowie die Rückgängigmachung sämtlicher Entlassungen gefordert.

Die Berliner Eisenbahner erwarteten, so heißt es in der Entschließung, daß die dem deutschen Volk gehörenden Eisenbahnen nicht als Waffe gegen das eigene Volk benutzt würden. Es werde schärfsten Protest gegen die Blockade Berlins erhoben, die eine Gefahr für die Lebenshaltung der Bevölkerung bedeuete.

BEWAG-Direktor entlassen

Berlin, 27. Juni (DENA). Der Direktor der Berliner Stromversorgungsbetriebe „BEWAG“, Rudolf Wisel, wurde auf Anordnung der sowjetischen Zentral-Kommandantur fristlos entlassen, weil er angeblich den sowjetischen Befehl über die Kürzung der Elektrizitätslieferungen an die Westsektoren nicht ausgeführt habe. Mit der Leitung des Werkes wurde der Direktor der BEWAG, Prof. Dr. Hans Witte, beauftragt. In dem Entlassungsschreiben, das Wisel am Sonnabend in der sowjetischen

Zentral-Kommandantur erhielt, wird er beschuldigt, den Befehl der Sowjets sabotiert zu haben und mit „provokatorischer Agitation“ in der Presse hervorgetreten zu sein.

Neue Banknoten für die Ostzone

Berlin, 27. Juni (DENA). Bei dem im Zuge der Währungsreform für die Ostzone und den Ostsektor Berlins ausgegebenen alten Geldscheinen, die lediglich mit Kupons überklebt sind, handelt es sich nur um eine vorübergehende Lösung, wie aus einer Notiz des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ von Sonnabend hervorgeht. Es sei anzunehmen, schreibt das Blatt, daß in Kürze neue Banknoten herausgegeben werden. In diesem Zusammenhang wird noch darauf hingewiesen, daß die sowjetische Militärverwaltung in keiner Weise auf eine separate Währungsreform vorbereitet gewesen sei, weil sie stets eine gemeinsame Währungsreform für ganz Deutschland angestrebt habe.

Außenministertreffen

der Westeuropäischen Union
London, 27. Juni (DENA-REUTERS). Die Zusammenkunft der Außenminister der westeuropäischen Union am 13. Juli in Den Haag verdient nach Ansicht diplomatischer Kreise in der britischen Hauptstadt angesichts der Ereignisse in Berlin und der Warschauer Konferenz besondere Bedeutung. Es wird erwartet, daß die Außenminister folgende Hauptprobleme erörtern werden:

1. Koordinierung der Verteidigungspläne der Westeuropäischen Union.
2. Beziehungen mit anderen regionalen Mächtegruppen im nichtkommunistischen Europa wie zum Beispiel mit dem skandinavischen Block und dem Mittelblock (Griechenland, Türkei und Italien).
3. Pläne für Westdeutschland, besonders für die internationale Kontrolle des Ruhrgebietes, und die Haltung der Westmächte zu den im Warschauer Kommunismus angeordneten Entwicklungen in Ostdeutschland, und
4. Wirtschaftliche Probleme im Zusammenhang mit dem ERP.

Gemeinsame Aktion der Westmächte

Wirtschaftsanktionen gegen Sowjetrußland wahrscheinlich

London, 27. Juni (UP). Missige diplomatische Kreise vertreten die Ansicht, daß gegenwärtig zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich Besprechungen über einen scharfen Dreimächte-Protest an die Adresse der Sowjetunion sowie möglicherweise auch über Wirtschaftsanktionen als Antwort auf die Blockade Berlins durch die Russen geführt würden. Es vermute, daß bisher noch keine endgültige Einigung zwischen den Westmächten erzielt worden sei. Außenminister Bevin ist über das Wochenende in London geblieben. Alle Berichte über die Entwicklung der Ber-

liner Krise werden ihm unverzüglich zugeleitet. Bevin soll im Laufe des Montag erneut mit den Botschaftern der USA und Frankreichs, Lewis Douglas und Renee Massigli, zusammentreffen.

Die angeblich zur Diskussion stehenden Wirtschaftsanktionen gegen Rußland sollen u. a. die völlige Einstellung aller Reparationslieferungen nach dem Versand von Kohlen und Stahl nach Ost-Deutschland einschließen. Sehr wirksam würden derartige Maßnahmen allerdings nicht sein, da die Sowjetunion über die letztgenannten Rohstoffe selbst in reichlichem Maße verfügt.

Deutsche Vorschläge werden erwogen

Alliierte Finanzsachverständige über die Währungsreform und ihre Auswirkungen

Frankfurt, 27. Juni (DENA). Jack Bennett, der Finanzberater General Clays, erklärte hier auf einer Pressekonferenz, er könne die Notwendigkeit einer Abwertung der noch zu zahlenden Juni-Gehälter in dem Sinne, wie es von deutscher Seite vorgeschlagen sei, nicht anerkennen. Zudem lasse der deutsche Vorschlag die soziale Gerechtigkeit vermissen. Bennett wies darauf hin, daß die Betriebe, die nicht über die erforderlichen Geldmittel zur Auszahlung der Löhne und Gehälter verfügten, ihre bisher gehorteten Waren verkaufen sollten, um mit den eingehenden Geldern die Löhne und Gehälter auszahlen. Außerdem ständen den Betrieben noch die Kontingente in Höhe von je 20 Mark zur Verfügung. Diejenigen Betriebe, sagte Bennett, die keine Waren gehortet hätten, könnten sich mit einem Überbrückungskredit helfen.

Auf die Frage, ob Arbeitnehmer, die sich auf dem Klagewege gegen eine Auszahlung ihrer ausstehenden Juni-Gehälter im Sinne der Verfügung der Finanzminister wehren würden, Recht erhalten müßten, antwortete Bennett: „Da es sich um ein rechtsgültiges Gesetz handelt, möchte ich diese Frage mit Ja beantworten.“

In weiteren Verlauf der Pressekonferenz äußerte der Finanzsachverständige, daß er jeden Eindruck vermeiden möchte, daß die Alliierten den deutschen Vorschlägen etwa nicht sorgfältige Aufmerksamkeit schenken würden. Der Vorschlag über die Behandlung der Juni-Gehälter jedoch sei von deutscher Seite erst am späten

Freitagnachmittag an die Alliierten herangetragen worden. Da eine sofortige Antwort verlangt worden war, habe er mit nein antworten müssen. Dies bedeute jedoch nicht, daß die Alliierten nicht grundsätzlich bereit seien, überhaupt deutsche Vorschläge sorgfältig zu erwägen.

Im Anschluß an die Pressekonferenz versicherte Mr. Tennenbaum, der erste Mitarbeiter Bennett, die Militärregierungen zögen „keinesfalls“ mehr eine Änderung der im Gesetz festgelegten Regelung über die Auszahlung der Juni-Gehälter in Erwägung.

Bennett und der britische Finanzberater, Sir Eric Coates, vertraten den Standpunkt, daß mit dem nächsten drei bis vier Wochen zwar eine über das normale Maß hinausgehende Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, daß man jedoch keineswegs mit einer permanenten Arbeitslosigkeit zu rechnen habe. Die am meisten hiervon betroffenen Industriezweige seien diejenigen, die nicht lebenswichtige oder Luxusgüter herstellen.

Coates erklärte, die westlichen Militärregierungen erwarteten nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland viele Proteste und Klagen im Bezug auf die westdeutsche Währungsreform. Damit müsse man sich jedoch abfinden, da man von dem einmal eingeschlagenen Weg zur Wiedereingliederung der Wirtschaft nicht mehr abgehen könne, ohne den Erfolg der Währungsreform in Frage zu stellen.

Rheinland-Pfalz lockert Bewirtschaftung

Ministerrat beschließt Angleichung an die Bizone

Koblenz, 27. Juni (DENA). Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz beschloß laut Södena, die Bewirtschaftung verschiedener Artikel ähnlich wie in der Bizone aufzuheben, und die Verordnungen der Militärregierung zur Genehmigung zuzulassen. Hinsichtlich der neuen Steuer- und Abgaben kam es einstimmig zu der Auffassung, daß diese mit der Bizone übereinstimmen müsse.

Die Lieferung von Fertigzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft und der Bezug dieser Erzeugnisse durch die Verkäufer soll mit Ausnahme von Gießereien, Spinnstoffen, Lederartikeln, Seilen und Waschartikeln, Kraftfahrzeugbereiung, Kraftstoffmischern und Schmierstoffen, Tabakwaren, mineralische Brennstoffe und Brennstoffe, sowie der von Baulieferungsgesetz nicht erfaßten Baustoffe keiner Beschränkung mehr unterliegen. Die Produktionsplanung und -Lenkung muß nach Auffassung des Ministerrats deutschen Stellen übergeben werden. Hinsichtlich der Bewirtschaftung

von Baustoffen sind weitere Anordnungen zu erwarten.

Auf dem Gebiet der Ernährung sollen in Rheinland-Pfalz Obst und Gemüse und andere Gartenbauerzeugnisse deutscher Herkunft, wie Getreide, Nutz- und Zuchtvieh, Heu und Stroh, Honig, Futtermittel und zu Futterzwecken benutzte Wurzelfrüchte, Molke und Molkeerzeugnisse und Süßwasserfische ebenfalls freigegeben werden, ebenso Wein in Höhe des Selbstversorgungsanteils, die zur Zeit bestehenden Weinlokierungen über diesen Selbstversorgungsanteil hinaus bleiben bestehen. Ferner wird eine Spinnstoffkarte eingeführt.

Der Ministerrat beschloß, mit der Militärregierung Verhandlungen über Aufhebung der Dienstverpflichtungen durch die Arbeiterkammer aufzunehmen. Die vom Ministerrat beschlossenen Landesverordnungen werden nach Genehmigung durch die Militärregierung verkündet und haben dann Gesetzeskraft.

Altgeld- und Vordruck-Abgabe

Karlsruhe, 27. Juni (SAZ). Bis Redaktionsschluß war es uns nicht möglich, eine amtliche Stellungnahme zu den vielen Anfragen über die Behandlung noch nicht abgelieferter Altgeldbeträge und Vordrucke (A oder B) zu erhalten.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang unverbindlich auf § 8 (Ziffer 2) des Dritten Währungsgesetzes, der in vielen Fällen Anwendung finden dürfte, falls keine direkte Anordnung von amtlicher Seite erfolgt.

Bankbetrieb eingeschränkt

Karlsruhe, 27. Juni (SAZ). Wie DENA aus Stuttgart meldet, halten die Geldinstitute in Württemberg-Baden nach Mitteilung der Landeszentralbank am Montag, dem 28. Juni, nur einen Schalter in der Zeit von 9 bis 12 Uhr für dringende Fälle geöffnet. Am Dienstag, dem 29. Juni, bleiben sämtliche Schalter geschlossen. Der normale Geschäftsbetrieb der Geldinstitute wird wegen der Fülle der mit der Währungsreform zusammenhängenden Arbeiten erst am Mittwoch, dem 30. Juni, wieder aufgenommen.

Post in die Sowjetzone

Frankfurt, 27. Juni (DENA). Auf Grund der Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung mit der sowjetischen Besatzungszone in Berlin empfiehlt die Post der Bevölkerung noch einmal dringend, Postsendungen jeglicher Art nach diesen Gebiet vorläufig nicht einzuliefern.

Parteiensammenschluß in der CSR

Prag, 27. Juni (AP). In Prag fand am Sonntag unter Leitung des kommunistischen Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, Antonin Zapotocky, und in Anwesenheit von Delegierten beider Parteien der Zusammenschluß der Kommunistischen und der 18 Jahre alten Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei statt. Dadurch wurden die Reihen der Kommunisten um weitere 230.000 Mitglieder gestärkt. Staatspräsident Klement Gottwald bleibt weiterhin Vorsitzender der Vereinigten Parteien, deren Mitgliederzahl jetzt über 1.750.000 beträgt.

Ist Tito in Ungnade gefallen?

London, 27. Juni (AP). Whitehall-Kreise setzen sich am Samstagabend mit den in London eingegangenen Berichten über die Möglichkeit einer ersten politischen Krise in Jugoslawien auseinander. Diesen Meldungen zufolge soll Marshall Tito wegen zu starker Unabhängigkeitsbestrebungen in Moskau stark in Ungnade gefallen sein. Durch das Versäumnis Titos, die Triestfrage zufriedenstellend zu lösen, habe er den Westmächten die Möglichkeit in die Hände gespielt, die Rückgabe Triests an Italien vorzuschlagen.

Ferner wird davon gesprochen, daß Tito seinem Ansehen im Kreml durch die Kabinettsbildung im Mai geschadet habe, indem er unter anderem den ehemaligen Sekretär der nationalen Befreiungsfront, M. Zujowitch, seines Postens als Finanzminister entböh.

Loritz will sprechen

Kassel, 27. Juni (DENA). Alfred Loritz hat nach Mitteilung des Parteivorstandes des Deutschen Blocks am Samstag in einem Ferngespräch aus München sein Erscheinen für eine Massenversammlung des Deutschen Blocks in Kassel angekündigt. Loritz will auf der Versammlung die unter dem Titel „Nationalstaat oder Sklavenkolonie“ einbrufen worden ist, das Wort ergreifen, da seine Partei, die WAV und der Deutsche Block verwandt seien. Der Parteivorstand des Deutschen Blocks erklärte dazu, er werde es nicht zulassen, daß Loritz sprechen wird.

Deutschland-Rundschau

VERBRINTE WESTZONEN:

KELN (Dena). Das Präsidium des deutschen Städtetages richtete am Freitag ein Telegramm an die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder, in dem die „Anteilnahme und Bewunderung der deutschen Städte für den Kampf Berlins um Freiheit und wirtschaftliche Einheit“ ausgedrückt wird.

KASSEL (Dena). Über 30 Prozent der Kurgäste in den Kurorten des Oberharzes sind in der ersten Woche nach der Währungsreform abgezogen. Dagegen wurden Neuanmeldungen für die Monate Juli und August schon in den einzelnen Kurorten in verstärktem Maße vorgenommen. — Die Flüchtlingsminister und Stadtkommissare der Bizone werden vom 8. bis 8. Juli in Braunlage zu einer Tagung zusammenzutreten, auf der die endgültige und gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der Bizone erörtert werden soll.

WIEN (Dena). Vier hessische Regierungsbeamte wurden durch ein britisches Militärgericht wegen falscher Angaben im Fragebogen zu Kolonialstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt.

MÜNCHEN (sp). Die Meisterkurse für Buchdrucker, die nunmehr 21 Jahre lang Fachkräfte für das Buchdruckgewerbe ausgebildet hat, soll zu einer Graphischen Hochschule ausgebaut werden.

FRANZÖSISCHE ZONE:

STRASBURG (sp). Mit dem Inkrafttreten der Währungsreform wurden von der französischen Militärregierung die drei Grenzübergegangsstellen Weil-Flödingen, Weil-Ost und Islingheim mit auf weiteres geschlossen. Der Grenzverkehrsverkehr nach der Schweiz wird sich jetzt an den Übergangsstellen Grenzach und Bavel (Badischer Bahnhof) und in Weil-Ostheim ab.

Freiburg (sp). Auf Antrag der SPD ist der Landtag von Südbaden zur Beratung der Lage zusammengetreten, die sich für das Land aus der Währungsreform ergibt.

ESSEN-BADEN (sp). In einem kleinen Ort in Baden erschien während des Goldenen Jubiläums ein ausländischer Bausattler der Sozialdemokratischen Partei, um angeblich gezeichnetes Geld zu beschlagahnen. Er beschlagnahmte 7600 DM als Lohn und wollte mit dem letzten Gelder stehen verschwinden, als ihn durch den selbsternannten Bürgermeister herbeigekommene Polizei verhaftete.

ERHAGEN (sp). Mit Verfügungsbefehlen wurde eine vierköpfige Familie ins Krankenhaus eingeliefert. Der Ehemann ist bald danach gestorben. Es stellte sich heraus, daß die Ehefrau Unkrautknäuel zum Kochen verwendet hatte, die in ihrem Geld neben der Salzfische standen.

HEILINGEN (sp). 21 Liebesgabenkinder, die eine Spende deutscher Kriegsgeliebten in Jugoslawien für ältere Kinder sind, konnten an das ostwürttembergische Rote Kreuz ausgeliefert werden.

BAUNHÖLDER (Dena). Der ehemalige Truppenoberst Bannhölzer an der Nahe im Landkreis Pfalz ist eine große Schandweide geworden, die 23.000 Schalen Nahrung kocht.

VERZONENSTADT BERLIN:

BERLIN (Dena). Die Sperrung der Elektrizitätslieferungen nach dem westlichen Sektor hat dazu geführt, daß im sowjetischen Sektor ein Überangebot an Frischmilch besteht. In einigen Fällen konnten Milchhändler ihren Bestand nicht verkaufen, weil die Verbraucher ihre Besorgungslieferungen für den laufenden Monat schon vorzeitig hatten.

